

Bundesminister Dirk Niebel, MdB
Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**Der deutsche Ansatz der vernetzten Sicherheit –
die Stärkung der zivilen Komponente**

10. Berliner Sicherheitskonferenz

Mittwoch, 09. November 2011
andel's Hotel & Convention Center Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das BMZ feiert in einer Woche ein großes Jubiläum. Dann blicken wir auf 50 Jahre deutsche Entwicklungspolitik zurück. 50 Jahre, in denen sich die Welt verändert hat. In denen sich die Entwicklungszusammenarbeit stetig anpassen musste.

Einen wesentlichen Wandlungsprozess hat dabei auch das Verhältnis der Entwicklungspolitik zur Sicherheitspolitik durchgemacht. Allerdings gab es damals schon einzelne, denen die enge Verbindung unserer Politikfelder bewusst war.

Walter Scheel hat gesagt:

„Wir treiben Entwicklungspolitik nicht allein um der Menschen Willen, die in Not und Elend leben, sondern auch, um für uns und unsere Kinder Sicherheit zu schaffen.“

In der Praxis sind wir erst jetzt so weit, dass dieser Zusammenhang auch zur Zusammenarbeit führt.

Heute erkennt man endlich an: Entwicklung trägt zu Sicherheit bei – und umgekehrt!

Ohne Sicherheit ist Entwicklung unmöglich. Sicherheit ist also eine notwendige Bedingung für Entwicklung.

Und: Es gibt keine langfristige Stabilisierung und Sicherheit, wenn nicht auch Entwicklung in Gang gesetzt wird.

Ich freue mich, dass ich heute vor einem sicherheitspolitisch so engagierten und interessierten Publikum sprechen darf.

Herzlichen Dank für Ihre Einladung zum 10. Berliner Sicherheitskongress.

Mein großes Ziel für die deutsche Entwicklungspolitik ist, diese wirksamer zu machen. Entwicklungspolitik kann auf Erfolge zurückblicken in den letzten 50 Jahren.

Aber Entwicklungspolitik hat auch ein Akzeptanzproblem.

Wir müssen uns immer wieder fragen: „Wirkt unsere Arbeit?“. Und dann müssen wir erklären, wie wir mit den begrenzten Steuermitteln möglichst große Wirkung erzielen.

Wir haben die Wirksamkeit unserer Arbeit verbessert.

Dazu gehört, dass wir die größte Reform der deutschen Entwicklungspolitik vollzogen und drei Durchführungsorganisationen zu einer zusammengelegt haben zur GIZ.

Wir haben Doppelstrukturen abgebaut und Entwicklungspolitik effizienter gemacht.

Dazu gehört auch, dass wir uns mit anderen internationalen Entwicklungsakteuren eng abstimmen. So vermeiden wir ebenfalls unnötige Doppelarbeit und jeder Akteur konzentriert sich auf seine Stärken.

Und zu einer wirksameren Entwicklungszusammenarbeit gehört schließlich, dass sich Entwicklungs- und Sicherheitspolitik enger verzahnen. Denn der Großteil aller Gewaltkonflikte weltweit findet in Entwicklungsländern statt.

Eine Reihe von Entwicklungsländern befindet sich zum Teil in Jahrzehnte andauernden Konflikt- und Gewaltkreisläufen. In 40 % aller Länder, die von einem Konflikt betroffen waren, treten innerhalb von zehn Jahren nach Ende des Konflikts erneut gewaltsame Auseinandersetzungen auf. Die staatlichen Institutionen dieser Länder sind oft nicht in der Lage, Grundfunktionen zu erfüllen.

Sie bieten ihren Bürgern keine grundlegende Sicherheit, keine Rechtsstaatlichkeit und oft noch nicht einmal Basisdienstleistungen.

Wir sprechen von fragilen Staaten. Fragilität, politische Konflikte und ein hohes Maß an sozialer Gewalt - z.B. Drogen-, Banden- oder Kleinkriminalität - gehen oft miteinander einher. Sie hemmen Entwicklung und führen dazu, dass die betroffenen Staaten bei der Erreichung internationaler Entwicklungsziele weit zurückliegen.

In vielen Entwicklungsländern wirken Konflikt und Gewalt wie eine Falle. Nur wenn die Länder sich aus dieser Falle befreien können, ist weitere Entwicklung möglich.

Wir arbeiten im Bereich der Gewaltprävention.

Daneben geht es auch darum, Konflikte zu bearbeiten.

Und längerfristig wollen wir natürlich Fragilität überwinden.

Für das BMZ hat das Thema Frieden und Sicherheit eine große Bedeutung.

Im Jahre 2010 zählte ca. ein Drittel unserer Partnerländer zur Gruppe der fragilen Staaten. Nur Frankreich und Großbritannien arbeiten mit einer noch größeren Anzahl an fragilen Staaten zusammen als wir.

Komplexe Konfliktsituationen können nicht allein entwicklungspolitisch, diplomatisch oder militärisch gelöst werden. Ich denke an den Balkan, die Demokratische Republik Kongo, den Sudan oder Afghanistan.

Die Politikfelder müssen Berührungspunkte überwinden.

Abgestimmtes und gemeinsames Vorgehen: Das ist der Kern der vernetzten Sicherheit. Frieden und Sicherheit zu erreichen ist eine ressortübergreifende Aufgabe mit klarer Aufgabenteilung:

Sicherheitspolitik zielt auf die Vermeidung und Abwehr von Gefahren, Entwicklungspolitik setzt auf die Entfaltung von Chancen. Beide agieren dabei komplementär in einer gleichberechtigten Arbeitsteilung. Beide müssen jedes Mal aufs Neue das jeweilige Land, die Akteure und die Lage vor Ort beurteilen.

Eine rein militärische Strategie, die tiefer liegende strukturelle Probleme nicht berücksichtigt, ist zum Scheitern verurteilt. Das selbe gilt für ein zu enges Verständnis von Entwicklungspolitik, das Sicherheitsaspekte grundsätzlich ignoriert.

Was genau, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Konfliktkontext tun?

In Sierra Leone beispielsweise fördern wir Beschäftigungsprogramme für arbeitslose Jugendliche.

In der Demokratischen Republik Kongo unterstützen wir Opfer von Vergewaltigung und Programme zur Reintegration von Ex-Kombattanten und Soldaten.

Jüngst habe ich drei Fonds aufgelegt, um die Transformationsprozesse in Nahost und Nordafrika zu unterstützen.

Mit zwei Fonds fördern wir Jugendbeschäftigung und Wirtschaft. Und mit dem dritten Fonds können wir über unsere politischen Stiftungen demokratische Kräfte der Zivilgesellschaft unterstützen, die sich für einen friedlichen Wandel einsetzen.

Die jüngsten Ereignisse in Nordafrika und im Arabischen Raum haben uns vor Augen geführt, was passiert, wenn in einem Staat Menschen- und Bürgerrechte systematisch verletzt werden.

Ein solcher Staat ist langfristig nicht stabil. Irgendwann haben die Menschen genug von Bevormundung, Unterdrückung und fehlenden Lebensperspektiven. Wir unterstützen zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Kräfte.

Länder mit schwachen Institutionen und schlechter Regierungsführung sind am anfälligsten für sich wiederholende Gewalt. Deshalb ist unser Ansatz so wichtig, gute Regierungsführung zu fördern und auch einzufordern. Und damit geben wir auch der lokalen Zivilgesellschaft Rückendeckung, die oft genau diese Rechte und Freiheiten einfordert.

Menschenrechte dürfen keine Verhandlungsmasse sein. In Einzelfällen habe ich schon wegen Menschenrechtsverletzungen Auszahlungen an Partner gestoppt.

Auch in Afghanistan hatten wir dieses Jahr die Mittel erstmals in zwei Tranchen aufgeteilt und damit konditioniert. Die zweite Tranche haben wir Anfang Oktober freigegeben, weil die Regierung in Kabul die vorher vereinbarten Reformschritte durchgeführt hatte.

Deutschland möchte ein friedliches Afghanistan, welches die Menschenrechte achtet und sich wirtschaftlich und sozial entwickelt. Terroristen dürfen hier keinen Rückzugsraum mehr finden. Dies ist auch für die Menschen in Europa ein Zugewinn an Sicherheit. Deutschland stellt sich der Verantwortung, die es nach den Anschlägen vom 11.9.2001 als Mitglied der Vereinten Nationen, der EU und der NATO übernommen hat.

Wir müssen zu unseren Ankündigungen von damals stehen und dürfen unsere afghanischen Partner nicht im Stich lassen. Die Bundesregierung hat deshalb ihren Mitteleinsatz für zivilen Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan im Vergleich zu 2008 fast verdoppelt. Wir stellen bis zu 430 Millionen Euro pro Jahr bis 2013 bereit. Rund 250 Millionen Euro davon kommen aus meinem Etat. Deutschland ist jetzt nach den USA und Japan der drittgrößte Geber in Afghanistan, also der größte europäische Geber.

Wir setzen das militärische Engagement im Rahmen von ISAF fort. Und wir arbeiten mit unserer „Entwicklungsoffensive“ in Nord-Afghanistan. Dabei sollte – wo sinnvoll – ziviles und militärisches Engagement Hand in Hand gehen.

Dort, wo Sicherheitskräfte für Sicherheit sorgen, muss für die Menschen möglichst schnell eine Friedensdividende spürbar werden. Hier brauchen wir einen abgestimmten Prozess. Und hierfür arbeiten die Vertreter unserer vier Ressorts ganz eng vor Ort zusammen: Also des Entwicklungs-, Verteidigungs-, und Innenministeriums sowie des Auswärtigen Amtes.

Mit der Intensivierung unseres zivilen Engagements ist auch die Zahl der Mitarbeiter in unseren staatlichen Durchführungsorganisationen vor Ort deutlich angewachsen, auf fast 2.000 (1.941), darunter 341 Entsandte.

Unsere Durchführungsorganisationen leisten wirksame und von den afghanischen Partnern höchst anerkannte Arbeit.

Wir bauen in Afghanistan die Trinkwasserversorgung auf, wir verbessern die Stromversorgung, wir fördern klein- und mittelständische Unternehmen und schaffen Zukunftsperspektiven für Jungen und Mädchen durch Grund- und Berufsbildung.

Auch stärken wir Rechtsstaatlichkeit und setzen uns für Menschenrechte und für die Gleichberechtigung von Frauen ein.

Die bislang erzielten Entwicklungserfolge zeigen den Afghaninnen und Afghanen, dass sich ihre Lebensbedingungen durch unsere Hilfe spürbar verbessern.

Dadurch steigt auch die Akzeptanz unserer Arbeit in Afghanistan insgesamt.

Aber mindestens genauso wichtig ist der Zuwachs an Vertrauen und Legitimität für den afghanischen Staat.

Beide Dimensionen unterstützen wir gezielt und bewusst dadurch, dass wir eben nicht die Aufgaben der afghanischen Regierung ersetzen.

Vielmehr werden die von uns geförderten Projekte und Programme stets in enger Abstimmung und in maßgeblicher Verantwortung unserer afghanischen Partner durchgeführt.

Erweiterte Bildungsmöglichkeiten oder etwa eine verbesserte Trinkwasser- und Energieversorgung können in den Augen der Bevölkerung auf der „Haben-Seite“ ihrer eigenen Regierung verbucht werden.

Auch das stärkt die Stabilität.

Bei jedem Besuch vor Ort sind diese Erfolge für mich aufs Neue beeindruckend und bewegend. Denn die Ergebnisse sind greifbar!

Mittlerweile kann man beispielsweise hochwertiges Walnussöl aus Afghanistan in Deutschland kaufen. Das Ergebnis für die Kunden ließ sich auf der diesjährigen Grünen Woche in Berlin probieren.

Das Ergebnis für die Produzenten sind höhere Einkommen und ein nachhaltiger Weg aus der Armut. Ich werbe ausdrücklich für Aufmerksamkeit und Anerkennung der Ergebnisse unserer Arbeit in Deutschland. Denn allen Unkenrufen zum Trotz ist das seit 2001 Erreichte beachtlich und höchst konkret.

Ich nenne nur einige beispielhafte Zahlen:

- Gesundheitssektor:
Verdoppelung der Geburten, die durch medizinisch ausgebildetes Personal betreut werden.
- Landwirtschaft:
Durchschnittlicher Getreideertrag pro Hektar mehr als verdoppelt.
- Bildung:
Versiebenfachung der Anzahl afghanischer Schüler/innen (von 1 Mio. 2001 auf rd. 7 Mio. 2010; Steigerung des Anteils der Schülerinnen in Grundschulen von 0 % 2001 auf 38 % 2008.)
- Mobilfunk:
Steigerung der Anzahl der Handy-Nutzer in AFG von 0,1 Prozent 2002 auf gut 27 Prozent 2008, d.h. mehr als $\frac{1}{4}$ aller Afghanen haben mittlerweile ein Handy.
- Staatseinnahmen:
Mit der Erhöhung der Zolleinnahmen und direkten und indirekten Steuern haben sich die staatlichen Einnahmen innerhalb von acht Jahren mehr als verzehnfacht. Das ist eine enorme Hilfe für die afghanische Regierung, um Dienstleistungen für die Bevölkerung in Zukunft selber zu stemmen.

Wir haben den Menschen in Afghanistan zugesagt, dass wir an ihrer Seite stehen und den Wiederaufbau- und die Entwicklung ihres Landes unterstützen. Dazu stehen wir – auch langfristig. Auch über 2014 und die bis dahin schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung hinaus wird Afghanistan eine langfristige Aufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit bleiben.

Entwicklungszusammenarbeit mit fragilen Staaten bietet viele Chancen, aber sie braucht auch Zeit. Wir wollen und werden keine Entwicklungsruinen hinterlassen.

Unseren entwicklungspolitischen Instrumenten sind aber auch Grenzen gesetzt. Entwicklungspolitik kann nur wirken, wenn ein Mindestmaß an Sicherheit besteht. Kurzfristig Sicherheit schaffen kann sie nicht.

Erneut deutlich gemacht hat dies eine Untersuchung der FU Berlin in Nordost-Afghanistan. Wenn eine physische Gewaltschwelle überschritten ist und die Menschen sich unsicher fühlen, kommen unsere Projekte nicht mehr bei den Menschen an. Sie verlieren ihre Wirkung. Das bedeutet, dass am Aufbau einheimischer Sicherheitskräfte kein Weg vorbei führt. Und diese müssen effektiv und rechtsstaatlich gebunden sein.

Wo immer wir tätig sind:

Entwicklung kann nicht importiert oder exportiert werden. Entwicklungszusammenarbeit kann nur unterstützen. Fragile Staaten bleiben ein Schwerpunkt meiner Politik.

Denn eines ist klar:

Das Engagement dort ist risikoreich und nicht einfach. Doch sich nicht zu engagieren, birgt ein weit höheres Risiko. Für die Menschen in den betroffenen Ländern zualtererst, aber auch für Entwicklung, Sicherheit und Stabilität weltweit.

Vielen Dank.